

# Israel lässt Niebel nicht nach Gaza einreisen

*Entwicklungshilfeminister kritisiert Blockade der Regierung in Jerusalem*

VON INGE GÜNTHER UND  
MARKUS SIEVERS

**J**ERUSALEM. Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel (FDP) wollte am Sonntagmorgen in Gaza-City sein. Doch die Israelis machten ihm einen Strich durch die Rechnung, so wie sie es schon öfter mit europäischen Regierungsvertretern getan haben. Gaza bleibt geschlossen – sogar für Dirk Niebel, den ausgewiesenen Israel-Freund. Das Einreiseverbot sorgt für Verstimmungen im deutsch-israelischen Verhältnis.

Außenminister Guido Westerwelle bedauerte, die „Entscheidung der israelischen Regierung, Bundesminister Niebel die Einreise in den Gaza-Streifen zu verweigern“. Er selbst habe sich in Gesprächen mit seinem israelischen Amtskollegen mehrfach dafür eingesetzt, dass der Besuch Niebels zustande kommen könne. Ziel der Bundesregierung bleibt die Öffnung der Grenzen zum Gaza. Niebel hatte das Verbot zuvor als „großen außenpolitischen Fehler der israelischen Regierung“ kritisiert. Israels Außenministerium war es auch, das nach Niebels Informationen das Einreiseverbot verhängte. Das Verteidigungsministerium hatte den Besuch zuerst gestattet.

## Deutsches Engagement

Auch von der Opposition bekam Niebel Rückendeckung für seine Kritik. Die „Verweigerungshaltung Israels ist nicht nachvollziehbar“, sagte SPD-Fraktionsvize Gernot Erler der Berliner Zeitung. Ein solches Vorgehen schade auch der neuen Gaza-Politik, zu der sich die Regierung in Israel gerade durchgerungen habe. Auch die grüne Außenpolitikerin Kerstin Müller, der im Mai ebenfalls die Einreise nach Gaza verweigert worden war, zeigte sich solidarisch mit Niebel. Sie nannte es „völlig inakzeptabel“, dass europäischen Politikern die

Möglichkeit genommen werde, sich selbst ein Bild vor Ort zu machen. Der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stephan-Kramer, räumte zwar ein, das Verhalten Israels sei ungeschickt gewesen. Zugleich kritisierte er jedoch Niebel. Die Haltung Israels sei Niebel bekannt gewesen, sagte er in der Neue Ruhr/Neue Rhein Zeitung. „Es war sehr ungeschickt, wie Niebel das Ganze hat zuspitzen lassen.“

Die einzige Palästinenserin aus dem Gazastreifen, die Niebel zu Gesicht bekommt, ist die zwölfjährige Lara. Sie kam blind zur Welt in Gazas größtem Flüchtlingslager Dschabalja, und lebt schon lange in der Al Schuruq-Schule in Beit Dschala bei Bethlehem. Eine mustergültige Einrichtung für sehbehinderte und blinde Kinder, dazu mit deutscher Finanzhilfe gebaut. Lara liest ihm und seiner Delegation auf Deutsch vor, wie sie im Alter von drei Jahren in diese Schule kam.

Als das Gespräch auf die israelische Verweigerung seiner Einreise nach Gaza kommt, verhehlt Niebel seinen Ärger nicht. Die israelische Regierung mache es ihren Freunden nicht einfach, sagt er. Dabei müsste doch das Projekt, das er sich anschauen wollte, im israelischen Interesse sein: ein Klärwerk, das Deutschland finanziert.

Immerhin soll jetzt die Blockade gelockert werden. Die Absichtserklärung wurde gestern vom israelischen Sicherheitskabinett bekräftigt. Bislang hat Israel nur angekündigt, mehr Konsumgüter in den Gazastreifen zu lassen. Regierungspolitiker befreundeter Nationen müssen weiter draußen bleiben. „Die Hamas schlägt Propaganda aus jedem höheren Besucher“, sagt ein Außenamtssprecher. Wenn man einen Minister hineinlasse, könnten sich am Ende alle Minister darauf bestehen. „Einen solchen Präzedenzfall wollen wir verhindern.“

## Lockerung der Blockade unzureichend

**Israel** hat zuletzt angekündigt, dass mehr Hilfsgüter auf dem Landweg zu den 1,5 Millionen Palästinensern gebracht werden dürfen. Unter anderem betrifft das Lieferungen von Baumaterial.

**Die Uno** sieht wenig Grund zu Optimismus. Es habe bereits viele Ankündigungen gegeben, denen keine Taten folgten. Was die Palästinenser wirklich brauchten, sei das Ende der Abriegelung.

**Regierung** und Opposition in Berlin wollen gemeinsam Israel auffordern, Hilfslieferungen nach Gaza auch auf dem Seeweg zuzulassen. Das Ziel sei jedoch die vollständige Aufhebung der Blockade